

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-U. Geschäftsstelle: Postfach 100, Dresden-U. Telefon: 17 220. Verlagsleiter: Dresden 18 631. Druckerei: Dresden 18-19 Ullrich & Co. Druckerei, Witzsch 17-18 Ullrich & Co. Druckerei, Witzsch 18-19 Ullrich & Co. Druckerei.

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 13. August 1931 Nummer 140

## Hege zur Ablenkung vom Hunger!

Die „Dresdner Nachrichten“ fordern Todesstrafe gegen revolutionäre Arbeiter / Tolle Lügenkampagne gegen die KPD

### Protestbeschlüsse Dresdner Betriebsarbeiter

Dresden, 13. August.  
Die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses, die Auflösung kommunistischer Versammlungen, die unerschütterliche Verbotsmaßnahmen gegen die KPD und die revolutionären Massenorganisationen durch die sozialdemokratische Regierung haben die bürgerliche Presse zu einer beispiellosen Steigerung ihrer demagogischen Kommunistenhege. Die heutigen „Dresdner Nachrichten“ übertrifft sich selbst durch die Ausstellung der Forderung auf Todesstrafe für revolutionäre Arbeiter. Diese Hege kam der Vorbereitung der neuen politischen und sozialen Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihrer „nationalen Selbsthilfe“. Das Echo innerhalb der Arbeiterklasse ist jedoch trotz der blutigen Hege ein ganz anderes als es sich die herrschende Klasse und ihre Soldatensöldner träumen lassen. Schon liegen die ersten Betriebsarbeiterbeschlüsse vor, die sich gegen die antikommunistischen Unterdrückungsmaßnahmen und gegen die neuen reaktionären Ausplünderungspläne wenden. Diese Beschlüsse und Entschlüsse müssen in allen Versammlungen, auf allen Stempelstellen, überall aber in allen Betrieben diskutiert werden, überall muß den geifernden Feinden der Arbeiterklasse der Kampf der Arbeiter entgegengeführt!

Bei der Spitze der Mobilisierung stehen die Dresdner Gewerkschaften, die in einer gemeinsamen Beschlussempfehlung folgende Entschlüsse einstimmig annehmen:

Die am 11. August im Regierheim versammelten Gemeindegewerkschaften erheben den schärfsten Protest gegen die Besetzung des Hauses des 3A der Kommunistischen Partei (Karl-Liebknecht-Haus in Berlin). Die Versammelten erkennen, daß dieser unerhörte Vorstoß gegen die KPD ein Wächelstein gegen das Klassenbewußtsein des Proletariats ganz Deutschlands ist. Sie fordern deshalb alle Werktätigen im Betrieb, Büro und Stempelstellen auf, sofort zu diesen Terrormaßnahmen Stellung zu nehmen und durch wuchtige Kundgebungen zu zeigen, daß sie entschlossen sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Kampf zu führen gegen Terror, Völkerei und Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle Feinde des Proletariats.

In den neuen, reaktionären Abbauplänen wurde ebenfalls einstimmig eine Entschlüsse angenommen in der festgestellten Weise:

Nach der Notverordnung vom 5. Juni bei den Gemeindegewerkschaften eine Vorkundgebung von mindestens 10 bis 12 Mann mindestens erfolgt, daß die neuen Pläne den Gemeindegewerkschaften zum Abbau der Regiebetriebe und zu weiteren Massenentlassungen führen werden, daß durch die Haltung der reformistischen Bürokratie des Gesamtverbandes die Schlangenträuer der Arbeiter gelähmt werden soll und die kapitalistische „nationale Selbsthilfe“ auf Kosten der Massen durch die antikommunistische Hege verdrängt wird. Demgegenüber fordern die Gemeindegewerkschaften alle Kollegen auf, Kampfbereitungen zu wählen und jeden Angriff auf ihre Lebensgrundlage mit der Waffe des Streiks zurückzuschlagen. Auf dieser Grundlage wird die Einheitsfront aller Arbeitsschichten gegen die neuen Ausplünderungs- und Unterdrückungspläne der herrschenden Klasse hergestellt werden.

Die Beschlüsse der Firma Leibrod u. Viktorich wurden einstimmig bei einer Enthaltung eine Entschlüsse angenommen, in der die schärfste Protest gegen die Forderungen erlassen wird und die Bekämpfung des Karl-Liebknecht-Hauses als die Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse bezeichnet wird.

Diese Kampfbereitungen der Betriebsarbeiter sind Symptome der Mobilisierung der Massen, die sich gegen den neuen Ausplünderungsplan der herrschenden Klasse zur Wehr setzen. In diesem Kampfe setzt sich die wahre Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer mit den erbitterten Klassenfeinden des Proletariats. Während die Arbeiterklasse gleich welcher Parteipartei, in den Aktionen auf die Kommunistische Partei, die revolutionären Massenorganisationen und ihre Presse mit Recht einen Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse sieht, unterläßt die sozialdemokratische Führung den Terror um damit seinen eigenen Verrat zu verdecken. Auf der Grundlage der Hege gegen die Kommunistische Partei und die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung finden sich die Hitler, Hugenberg mit den Braun, Geringer und Wels.

Nichts kennzeichnet besser die sozialdemokratische Einheitsfront mit Hugenberg, als die „Begründung“ des heutigen Leitartikels der Dresdner Nachrichten, in dem die Hugenberg-Journale ausdrücklich unter Hinweis auf die „Berechtigung der proletarischen Bedenken“ ein Verbot der KPD für ungenügend erklärt und die Tötung der revolutionären Arbeiter verlangt. Wenn im Titel der Vormärts-Wortbege schreibt das Hugenberg-Kont:

„Allerdings — inwieweit sind die proletarischen Bedenken berechtigt — genügt unter den heutigen Umständen ein einfaches Verbot der KPD nicht mehr... zum Schutze des Staates und des Volkes ist ihre (Todesstrafe) Androhung und Anwendung in diesem Falle ein Gebot wahrer Menschlichkeit. Mit ihren Taten haben sich die roten Mörder und ihre Begünstigten anerkennend des Ruhmens der menschlichen Gesellschaft gestellt. Diese Tatsache muß der Wahlstab für die

### Burgfrieden um Brüning

Besprechung Hugenberg-Brüning — Schwergewicht auf die Faschisten — Ohreigen für die SPD — „Vaterländische Zusammenarbeit“ der Wels-Selbde-Front  
Nach der Unterredung, die Hugenberg kürzlich mit Brüning hatte, findet in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft zwischen Hugenberg und Brüning statt. Ihr Zweck ist, die „Zusammenarbeit aller vaterländisch gesinnten Kräfte“, womit auch die SPD gemeint ist, zu verstärken.

In der Tat bedeutet die Aussprache Hugenbergs mit Brüning den Verlust der Brüning-Regierung, sich mehr als bisher auf die Deutschnationalen und die faschistischen Hilfstruppen, den Stahlhelm und die Nazis zu stützen. Es ist darum verständlich, weshalb die SPD-Presse ziemlich wenig darüber berichtet. Natürlich bedeutet das nicht, daß Brüning und die hinter ihm stehenden Teile der Bourgeoisie auf die wertvolle Hilfe, die die Sozialdemokratie und die Führer der Lohnabbaugewerkschaften bei der Durchführung der Brüning-Vollziele geleistet haben, verzichten wollten. Das bedeutet nur, daß die Brüning-Regierung zur Durchführung ihres weiteren Programms der Arbeiterentlassung und der Anhebung des arbeitenden Volkes sich eine breitere Basis zu schaffen beabsichtigt.

Nichts zeigt deutlicher die Verlogenheit der SPD-Presse, daß durch den Ausgang des Volksentscheids die Reaktion geschlagen worden ist, als diese Bemühungen der Brüning-Regierung um die „nationale Opposition“. Diese Bemühungen enthalten zugleich mit aller Schärfe, daß der Volksentscheid in Wahrheit eine rote Volksbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei war. Die Brüning-Regierung zieht aus dieser Volksbewegung andere Lehren, als wie sie die SPD-Presse den sozialdemokratischen Arbeitern zu fertieren magt. Das geht auch deutlich aus der Stellung der Zentrums-Presse zum Ausgang des Volksent-

## Schluß mit Hitler! Her zur KPD!

Von Herbert Hensel, bisheriger Betriebszellenleiter der NSDAP Sachsen

Nach 10jähriger Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei und als bisheriger Gewerkschaftszellenleiter des Hauses Sachsen habe ich mich zu einem Schritt entschlossen, dessen Bedeutung sich zur Abgabe dieser öffentlichen Erklärung erweist. Wenn ich als der dienstälteste Va. der Ortsgruppe Dresden-Altstadt mich entschlossen habe, die Partei Hitlers und Müllermanns zu verlassen und der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Gelübde um Aufnahme in ihre Reihe zu unterbreiten, so geschah das nach schweren Gemütskonflikten. Als ich in die Reihen der NSDAP eintrat, in der Überzeugung, hier die Partei gefunden zu haben, die den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten den Weg zu einer menschenwürdigen Zukunft weist, hielt ich es nicht für möglich, daß Bonzenblutige diese Partei von oben bis unten zerreißen und zerlegen könnten. Erst als ich zu fühlen bekam, mit welchem Hochmut sondergleichen die offiziellen Führer der Partei, insbesondere der Fabrikant Müllermann, auf die Proletarier in unseren Reihen herabsahen, dämmerte mir die Ursache dieses Zustandes:

Eine „Arbeiter“-Partei, die gleichzeitig den Interessen von Feinden, Generalen, Großkapitalisten der kapitalistischen Republik und schwerverdienenden Unternehmern und denen der einfachen, vom internationalen und nationalen Kapital ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten dienen will, kann es nicht geben, oder es ist eine Betrügerpartei, wie sie die NSDAP eben darstellt.

Endgültig gewonnen sind auch meine Hoffnungen, daß der Parteiführer Adolf Hitler ein Mann anderen Schlages sei wie der tatsächliche Führer Müllermann, dessen Praxis ich zur Genüge kennen gelernt habe. Gerade den Kameraden, den Proletariern in der SA und der SS, die diese Hoffnung noch besitzen, muß ich jedoch erklären, daß diese Hoffnung sich als trügerisch erweisen hat. In den Versammlungen, in denen ich sprechen werde, werde ich mich nicht scheuen, einschlägiges Material über die Führerpraxis, die auf dem Gebiete des Geldes aufgebaut ist, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Aber auch die Rolle, die gegen meinen Willen die Parteigenossen in den Betrieben der NSDAP spielen sollen, werde ich aufzeigen müssen, um die deutsche Arbeiterklasse

vor ebenso schwerem Schaden zu bewahren, wie dem der verräterischen Politik der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbönges. Gerade in meiner Praxis als Organisator der in den Betrieben stehenden proletarischen Anhänger der NSDAP habe ich sehen müssen, daß Mut und Selbstaufopferung, echte Solidarität und wahrhaft genossenschaftliches Empfinden gerade bei denen zu finden war, die mir auf Hitlers und Müllermanns Befehl aufs schärfste bekämpfen mußten — bei den Kommunisten. Daß ich deshalb, weil ich daraus die Konsequenzen zog, in dem Müllermann-Staat sogar des Diebstahls und der Unterschlagung bezichtigt wurde, das kennzeichnet nur die Erbarmlichkeit der Kampfmethoden der Verantwortlichen. Zehn Jahre lang war ich den Leuten gut genug, Arbeit für sie zu leisten. Als ich dann meine Zweifel offen bekannte, hat man mich — und zwar wenige Tage, bevor diese Beschuldigungen im Freiheitskampf aufgezogen wurden — als Betriebszellenleiter des Hauses Sachsen nach Ostpreußen verbannt. Freilich verzichtete ich auf diese befristete Mundtotmachung und erklärte meinen Austritt aus der Partei, hatte allerdings vorher den guten Gedanken, die Kassenkontrollen vornehmen zu lassen, und nun befindet sich offenbar zum Leidwesen Müllermanns und des Freiheitskampfes, die ordnungsgemäße Kassenkontrollen in meinem Besitz, die jederzeit bei mir eingesehen werden kann, und in der Hinsicht zu sehen ist, daß Anlauf zu Penitenzstrafen nicht gegeben ist und daß die Buchungen sowie der Kassenbestand in Ordnung sind.

Unbeirrt von diesen inhumanen Kampfmethoden werde ich meinen Weg gehen. Die Erkenntnis, daß nur eine klare Klassenpartei wie die Kommunistische Partei den deutschen Arbeitern den Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit zeigen kann und die gleichzeitig gewonnene Erkenntnis, daß es hinter allen Grenzspähnen Ausbeuter und Ausgebeutete gibt und daß die Lösung der nationalen Frage als Vorbedingung die soziale Befreiung der werktätigen Massen vom kapitalistischen Joch hat, all das hat mich bewogen, meinen Übertritt zur KPD zu vollziehen. Als einfacher Soldat in den Reihen der roten Klassenfront werde ich jetzt versuchen, meine frühere Schuld wieder auszumachen und durch Aufklärung der besten meiner ehemaligen Parteigenossen der Kommunistischen Partei neue Kämpfer für das große Ziel zuzuführen.

Morgen spricht Hensel im Gasthof Wölfnitz und bei Watzke, Leipziger Str., 20 Uhr, über: Die NSDAP und ihr Verrat an der Arbeiterklasse

Scheits hervor. Die „Germania“ proklamiert am Tage nach dem Volksentscheid die Notwendigkeit des „Bürgerfriedens“, d. h. eines Friedens aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei. Die Leute sollen den Kampf um die Justiztruppe untereinander einstellen. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat in demselben Sinne in seiner Rede zur Verfallungsfestsetzung den tieferen Grund dargelegt, weshalb die bürgerlichen Parteien, ihr sozialistischer und sozialdemokratischer Anhang sich nicht länger streiten dürfen. Er sagte, daß zwei Systeme, der Kapitalismus und der Bolschewismus, miteinander um die Zukunft kämpfen. Es ist also die Furcht vor dem Bolschewismus, vor der Massenbewegung, die die Kommunistische Partei durch die Übernahme der Führung der Volksentscheidsbewegung entfesselt hat, die die Zentrumspresse zu ihrem Ruf nach dem „Bürgerfrieden“ treibt.

Die „Germania“ schreibt: „Häufige Parole ist nach dem Volksentscheid: Sammlung der politischen Kräfte, um immer tiefer zu gehen... Um diese Parole in die Tat umzusetzen, verlangen wir den Bürgerfrieden, einen Frieden der Parteien untereinander... Damit wir die schweren Momente, die vor uns liegen, im erträglichen Zusammenwirken überwinden. Diese Arbeit muß aber anders orientiert sein, als es der Ruf nach der Freikörperübungs-Regierung zum Volksentscheid war.“

Auch die geistige Haltung des Zentrums-Vorstandes verliert in der gleichen Richtung. In der offiziellen Mitteilung wird eine Welt — der Zentrumsabstimmung für das „Verbleiben am Volksentscheid“ genannt, aber dann heißt es, daß „für eine wirksame Durchführung der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendige soziale und methodische Handlungseinheit... in den beiden Kabinetten... gewährleistet sein muß.“

Das Verständliche überholt, äußert sich darin eine Kritik der preussischen Zentrumsminister, deren Sinn ist, die härtere Rücknahme des Zentrums mit Eugenberg zu unterstützen.

Die „Frankfurter Zeitung“ stellt ganz richtig fest: „Die politische Zusammenfassungstendenz des Zentrums steht in einem offensichtlichen Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Wunsch, der Kanzler müsse endgültig für rechts oder links optieren.“

Das ist eine klärende Überlegung für die Sozialdemokratie. Auch im deutschen „Dresdener Anzeiger“ wird in einem Leitartikel „Sammlung durch Bränning“ für die Heranziehung der Eugenbergs, Hülers, Selbers, für die Bürgerfront einmütlich die SPD, Propaganda gemacht. Der „Anzeiger“ schreibt:

„Wenn wir nicht irren, hat noch vor einigen Tagen der Stahlhelmführer Selber erklärt, der Stahlhelm werde einmütig, der autarken Welle, nicht im Wege stehen. Bezog sich dieses Wort auf Bränning? Bränning selber hat erst bei der Verfallungsfestsetzung wieder einen Hinweis auf die Bereitschaft gegeben, auch mit den politischen Kräften zusammenzuarbeiten, die bisher außerhalb der politischen Kreise der Regierung geblieben hatten.“

„Mit Bränning an der Spitze einer erweiterten deutschen Reichsregierung hätte auch die sozialdemokratische eingetretene deutsche Arbeiterklasse das Gefühl der Sicherheit, daß ihre sozialen Belange den menschengemäßen Beachtung finden.“

Die SPD wird selbstverständlich auch um den geringsten Preis bei voller Beibehaltung ihrer Politik der Isolierung der Bränning-Regierung fortgehen. Sie ist mit diesem kapitalistischen System eng verflochten, und ihr Schicksal ist mit dem Schicksal des Kapitalismus so eng verbunden, daß weder die härtesten Überlegen noch Schritte, die sie von der Bourgeoisie hinnehmen muß, sie dazu bewegen kann, eine andere Haltung einzunehmen. Sie wird darum weiter tolerieren und die Volksfronten und Volksminister stellen, die zur Unterdrückung des arbeitenden Volkes notwendig sind. Diese Rolle wird sie um den Preis einziger gut bezahlter Pöbel für ihre Funktionäre mit voller Hingabe übernehmen. Sie stellt dabei nur eine Bedingung, das ist das Verbot der kommunistischen Partei und die „Unabhängigmachung“ ihrer Führer, so wie das jetzt tagtäglich in der SPD-Preße geschieht wird.

Sehr charakteristisch dafür sind die Reden Brünnings und Serenings bei der Verfallungsfestsetzung am Deutschen Ed. Hörsing istung Bränning vor, die SPD zu verbieten und erklärte, er, Hörsing, würde es tun, wenn er Reichsminister wäre. Und Serening nannte den Stahlhelm einen „schlechten Gegner“, dessen unterläufiger Wille anzurechnen sei.

Die sozialdemokratischen Führer hoffen, daß bei einer Unterdrückung der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen es ihnen leichter sein wird, die Befehle der Bourgeoisie durchzuführen, den Untergang des Kapitalismus und ihren eigenen auszuhalten. Aber das ist eine trügerische Hoffnung. Die Sozialdemokratie wird ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen. Der Prozeß der Zerschlagung und des Zerfalls der sozialdemokratischen Partei, der sich jetzt schon durch das Abwandern tausender sozialdemokratischer Arbeiter in die revolutionäre Front kundtut, wird dadurch nur noch beschleunigt werden. Die SPD hat nun ihr verlogenes Geschwätz, daß die Kommunisten mit den Reichsminister ein Bündnis eingegangen seien, kaum einen sozialdemokratischen Arbeiter, der auf dem Wege zur revolutionären Front war, zurückhalten können. Jetzt, wo die Pläne des Bürgerfriedens konkrete Gestalt annehmen, wird dieser Prozeß in viel härteren Stufen einziehen, dann werden auf der einen Seite die Arbeiter, die noch einmal auf den sozialdemokratischen Schwanzel bereiteten, die Nichtkeit der kommunistischen Politik erkennen, und auf der anderen Seite werden alle Karrieremänner, alle Anwärter auf Plätze an der herrlichen Justiztruppe, diese Partei verlassen, um bei einer anderen Partei, wahrscheinlich bei den Deutschnationalen oder Nazis unterzukommen, wo die Chancen auf den Weg an der Justiztruppe dann größer sein werden. Die SPD wird sich allerdings bemühen, das Wohlwollen der Bourgeoisie durch ein besonderes Wohlverhalten von neuem zu verdienen, indem sie noch eifriger als bisher der Schrittmacher der imperialistischen Diktatur sein wird.

Das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter, die ehrlieh den Kampf der Befreiung der Arbeiterklasse, den Kampf gegen die kapitalistische Katastrophe wollen, erkennen und sich einreihen in die rote Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei.

## Auf der Suche nach den Eisenbahn-Attentätern

Bei den Nachforschungen nach den Eisenbahn-Attentätern wurde festgestellt, daß der beim Attentat verurteilte Drogdi und die Eisenbahner in einem Berliner Geschäft gefaßt wurden. In diesem Geschäft erfuhr man, daß der Käufer erklärt habe, er sei ehemaliger irischer Offizier und wohne in der Nähe von Potsdam. Tatsächlich wurde ein solcher Mann ausfindig gemacht, der mit seiner Frau in Kaputh bei Potsdam wohnte, mit niemandem verkehrte und vor einiger Zeit eine große Wohnung in Berlin bezog. Die Polizei will feststellen haben, daß dieser ehemalige irische Offizier, namens Carmel, als Täter nicht in Frage komme, glaubt aber, daß der Täter den ehemaligen irischen Offizier und seine Verhältnisse erkannt haben muß. Die reaktionäre Presse erhebt sich zu Schlingen, die da andeuten, daß „Kommunisten und Russen“ die Attentäter sein könnten. Wenn hinter dem Attentat politische Motive stehen, so müssen es solche sein, die am Abend des roten Volksentscheids auf dessen Störung hinauszielten. Interesse daran konnten also nur Faschisten oder Sozialfaschisten haben.

# Wedel lehnt Landtagseinberufung ab

## Die SPD deckt Abca-Subventionierung durch Steuergelder der Werktätigen

Dresden, den 13. August.

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte in der letzten Sitzung des Verfassungskomitees den Antrag auf Einberufung des Landtages gestellt und ein entsprechendes Schreiben an den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Wedel gerichtet. Dieser hat nunmehr die Ablehnung des Antrages mitgeteilt.

Die kommunistische Fraktion forderte die Einberufung des Landtages, weil die Schieds-Regierung durch eine Sitzungsaktion für die Abca dem Staat neue Belastung auferlegt. Sicherheiten für das Privatkapital übernimmt und eine großzügige Subventionenpolitik durchführt. Gleichzeitig hat die schieds-Regierung die Bestimmungen über die Durchführung der Notverordnungen ungeheuer verschärft und eine Verordnung über die Herabsetzung der Fürsorgeleistungen und deren zwangswise Durchführung in den einzelnen Gemeinden erlassen. Die kommunistische Fraktion verlangte deshalb die Beratung von Anträgen gegen diese reaktionären Maßnahmen der Schieds-Regierung.

Die Ablehnung der Einberufung des Landtages durch den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten zeigt die sozialdemokratischen Führer wieder als die besten Helfer der Bourgeoisie.

tur. Die Sozialdemokraten gaben sich mit dem Verzicht auf die Einberufung des Landtages zufrieden, erklärte der sozialdemokratische Landtagspräsident, daß er den Landtag nicht einberufen könne, wenn der Vorstand anders beschließt, und im nächsten Vorstand hätten die Sozialdemokraten nicht das Recht, eine solche Ausrede zu machen. Nach Artikel 4 der Verfassung haben der Präsident und das Verfassungskomitee das Recht, den Landtag einzuberufen, und weiter muß der Landtag einberufen werden, wenn ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des Präsidiums oder der sozialdemokratischen Fraktion, die Einberufung des Landtages durchzuführen. Die Nichtdurchführung dieser Maßnahme zeigt auch die schieds-Regierung in ihrer reaktionären Front mit den Wedel und Heilmann bei der Verfallung des Finanzkapitals und der reaktionären Maßnahmen der schieds-Regierung.

# Edel zittert vor SPD-Workeropposition

## Hegartitel der Volkszeitung gegen die „Sozialistische Tribüne“ / Erzwingenes Eingeländnis Der „linke“ Hellmuth Wagner ruft auf dem Bauche

Die Arbeiteropposition in der SPD in Sachsen hielt kürzlich eine Konferenz in Leipzig ab und beschloß ein Organ — die „Sozialistische Tribüne“ herauszugeben. Dieses Organ der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter, das es mittelmäßig mit der Sache der Arbeiterklasse meint, hat großen Anklang in der SPD-Mitgliedschaft gefunden und soll dementsprechend der Dresdener Volkszeitung schwer auf die Kerben. Das Dresdener SPD-Blatt schreibt dann in seiner letzten Sonnabendnummer mutterbrunn:

„Die „Sozialistische Tribüne“, die neueste Subskription (!) ist dieser Tage an sozialdemokratische Arbeiter in Dresden mit der Post zugehört worden. Die Sozialistische Tribüne wird in Leipzig hergestellt und soll ein Diskussionsblatt der Arbeiteropposition in der SPD sein. In einem Leitartikel werden die Aufgaben dargestellt, die sich die Tribüne gestellt hat. Demagogie und Kolonialismus werden als „Helfer des Sozialismus“ verächtlich gemacht. Von Hellmuth Wagner und Dr. Robian behauptet diese „Sozialistische Tribüne“, sie spielen mit der Gründung einer neuen USP. Die kommunistische Subskription (!) steht ihre Aufgabe darin, den Angriff zu führen gegen den Parteivorstand der Sozialdemokratie, gegen die Parteipolitik am Ende und Kolonialismus, gegen die Tendenzen wie sie von der „roten Kampfergruppe“ um Hellmuth Wagner vertreten werden. Nicht umsonst haben die Kommunisten in ihren Zeitungen zur Sammlung von Artikeln sozialdemokratischer Arbeiter aufgefordert.“

Seiner und verschiedene Bemerkungen der Tribüne nicht wägen von der Hand zu weisen... Die Welt am Montag berichtete bereits am 1. August über das Entstehen einer neuen Arbeiterpartei. Ein diesbezüglicher Beschluß soll Ende Juli auf einer Tagung links gerichteter sozialdemokratischer Anhänger in Hagen gefaßt worden sein. Nach der Welt am Montag wurden also in gewissen sozialdemokratischen Kreisen Spaltungstendenzen verfochten.

Beitragungen, wie sie in der „Sozialistischen Tribüne“ vertreten werden und wie sie von der gleichen Tribüne und von der Welt am Montag einigen Parteigenossen vorgelesen werden, sind kolossal. Jetzt stellen wir denn die Worte des Parteivorstandes: „Nur mit der Eigenbrödel einzelner Gruppen...“

Die Konferenz in Hagen ist eine Tagung „linker“ SPD-Führer. Denn diese Leute eine neue USP gründen wollen, so ist das einseitige ein Symptom für die wachsende Zerklüftung in der SPD und die steigende Radikalisierung der sozialdemokratischen Mitglieder.

# Wie dumm sie lügen, wie dreist sie heken!

## Saaldeforation als „Beweis für Hochverrat“ / Antwort des ZK der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz

In der heutigen Morgenpresse werden Nachrichten über Verhaftung kommunistischer Versammlungsteilnehmer verbreitet, die in ihrer Fäulnis die Wut der Steigerung des Kesseltreibens gegen die KPD deutlich erkennen lassen. Bezeichnend ist, daß es sich hauptsächlich um Meldungen aus Preußen handelt. Für die Art dieser Meldungen ist die Mitteilung über die Aushebung einer kommunistischen Versammlung in Kellinghausen typisch. Dort wurde eine sehr gut besuchte KPD-Versammlung von der Polizei ausgehoben mit der Begründung, sie trage einen „hochverräterischen“ Charakter. Und der Beweis wurde in folgendem geleistet. Wörtlich heißt es darüber in der Pressemeldung:

„Schon die Dekoration (!) des Saales, die aus zur Revolution aufrufenden Transparenten (!) bestand, ließ den illegalen Charakter der Versammlung erkennen.“

Die Arbeiterklasse hat bisher von der illegalen Arbeit andere Vorstellungen gehabt als die, daß man in einem Versammlungsraum Transparente mit revolutionären Losungen anbringt. Für die Bourgeoisie genügt das jedoch, um daraus „illegale Vorbereitungen“ zu konstruieren. Bezeichnend ist weiterhin, daß selbst nach dem Verbot die Polizei sämtliche Teilnehmer wieder entlassen mußte. Aus dem Warm-Keller wird gemeldet, daß wegen örtlichen Ausblättern, wahrscheinlich Unvorsichtigkeiten, ein großer Schlag der Polizei gegen kommunistische Funktionäre geführt wurde. Wörtlich heißt es darüber in dem Bericht:

„Eine ganze Reihe der beteiligten Personen wurde aus den Betten heraus verhaftet. Wie schon erwähnt, sind die Waffentunde bei der KPD sehr bestrahlt gemein.“

Der Bericht halber berichtet man jedoch nicht, was überhaupt gefunden wurde, stellt jedoch die Behauptung auf, daß „man ermittelt, daß die Waffentunde in höheren Verhöfen“ untergebracht sind.“ Wehrlich klingen die schablonenartigen Meldungen, deren Charakter ein aufmerksamer Beobachter jedoch un schwer erkennen kann. Nach wie vor bildet jedoch die Verbreitung von Gerüchten über die KPD eine am Bülowplatz in Berlin, die die Diktatur für die antikomunistische Pressebehe.

„Berlin am Morgen“ veröffentlicht eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz, in der es heißt:

„Die Vorgänge in der Umgebung des Bülowplatzes am Abend des 9. August, wurden veranlaßt, durch das un-

ter. Die Sozialdemokraten gaben sich mit dem Verzicht auf die Einberufung des Landtages zufrieden, erklärte der sozialdemokratische Landtagspräsident, daß er den Landtag nicht einberufen könne, wenn der Vorstand anders beschließt, und im nächsten Vorstand hätten die Sozialdemokraten nicht das Recht, eine solche Ausrede zu machen. Nach Artikel 4 der Verfassung haben der Präsident und das Verfassungskomitee das Recht, den Landtag einzuberufen, und weiter muß der Landtag einberufen werden, wenn ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des Präsidiums oder der sozialdemokratischen Fraktion, die Einberufung des Landtages durchzuführen. Die Nichtdurchführung dieser Maßnahme zeigt auch die schieds-Regierung in ihrer reaktionären Front mit den Wedel und Heilmann bei der Verfallung des Finanzkapitals und der reaktionären Maßnahmen der schieds-Regierung.

Wer Klassenverräter ist, die Sozialdemokratie und die rechten und „linken“ SPD-Führer, die Politik und Schied unterhalten und den reaktionären Scoring-Kampfbroschüren oder der Sozialistische Tribüne, das Organ der SPD-Workeropposition, das die sozialdemokratischen Arbeiter gegen Bränning-Schied-Scoring mobilisiert, ist wahrlich nicht zu erkennen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Lohn- und Sozialabbau und die Segnungen des Bränning-Schied-Scoring-Kampfes am eigenen Leibe spüren, werden mit der Sozialistischen Tribüne den Weg zur einheitlichen roten Klassenfront geben.

In der heutigen Nummer der Volkszeitung gibt der „linke“ Hellmuth Wagner eine Erklärung ab, wonach er nun der Spitzführer einer „roten Kampfergruppe“ um Hellmuth Wagner nicht mehr und die Sozialistische Tribüne beschimpft. Ein echter „linker“ Held. Demnach ist damit Wagner erneut seiner sozialen Phrasen als Mittel des Setzungen der sozialdemokratischen Arbeiter entlarvt und zeigt sich wieder als Helfer der KPD und Co. vor denen er jetzt tagtäglich.

Entscheidend ist, daß die Volkszeitung ungehen muß, daß verschiedene Bemerkungen der Tribüne nicht von der Hand zu weisen sind.“

Wer Klassenverräter ist, die Sozialdemokratie und die rechten und „linken“ SPD-Führer, die Politik und Schied unterhalten und den reaktionären Scoring-Kampfbroschüren oder der Sozialistische Tribüne, das Organ der SPD-Workeropposition, das die sozialdemokratischen Arbeiter gegen Bränning-Schied-Scoring mobilisiert, ist wahrlich nicht zu erkennen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Lohn- und Sozialabbau und die Segnungen des Bränning-Schied-Scoring-Kampfes am eigenen Leibe spüren, werden mit der Sozialistischen Tribüne den Weg zur einheitlichen roten Klassenfront geben.

In der heutigen Nummer der Volkszeitung gibt der „linke“ Hellmuth Wagner eine Erklärung ab, wonach er nun der Spitzführer einer „roten Kampfergruppe“ um Hellmuth Wagner nicht mehr und die Sozialistische Tribüne beschimpft. Ein echter „linker“ Held. Demnach ist damit Wagner erneut seiner sozialen Phrasen als Mittel des Setzungen der sozialdemokratischen Arbeiter entlarvt und zeigt sich wieder als Helfer der KPD und Co. vor denen er jetzt tagtäglich.

Entscheidend ist, daß die Volkszeitung ungehen muß, daß verschiedene Bemerkungen der Tribüne nicht von der Hand zu weisen sind.“

Wer Klassenverräter ist, die Sozialdemokratie und die rechten und „linken“ SPD-Führer, die Politik und Schied unterhalten und den reaktionären Scoring-Kampfbroschüren oder der Sozialistische Tribüne, das Organ der SPD-Workeropposition, das die sozialdemokratischen Arbeiter gegen Bränning-Schied-Scoring mobilisiert, ist wahrlich nicht zu erkennen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Lohn- und Sozialabbau und die Segnungen des Bränning-Schied-Scoring-Kampfes am eigenen Leibe spüren, werden mit der Sozialistischen Tribüne den Weg zur einheitlichen roten Klassenfront geben.

In der heutigen Nummer der Volkszeitung gibt der „linke“ Hellmuth Wagner eine Erklärung ab, wonach er nun der Spitzführer einer „roten Kampfergruppe“ um Hellmuth Wagner nicht mehr und die Sozialistische Tribüne beschimpft. Ein echter „linker“ Held. Demnach ist damit Wagner erneut seiner sozialen Phrasen als Mittel des Setzungen der sozialdemokratischen Arbeiter entlarvt und zeigt sich wieder als Helfer der KPD und Co. vor denen er jetzt tagtäglich.

## 7 SPD-Worker zur KPD

Aus Kiel wird uns gemeldet, daß am 9. August in den Fabrikgebäuden bereits 7 Reichsbanner- und SPD-Worker, die sich am roten Volksentscheid beteiligt hatten, zur kommunistischen Partei übergetreten sind. Sie zerließen ihre Mitgliedsbücher und erklärten, als Klassenbewußte Arbeiter nicht länger in einer Partei bleiben zu können, die offen mit den Faschisten Maßnahmen zur Unterdrückung und Verleumdung des Proletariats durchführt.

# Wie dumm sie lügen, wie dreist sie heken!

## Saaldeforation als „Beweis für Hochverrat“ / Antwort des ZK der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz

In der heutigen Morgenpresse werden Nachrichten über Verhaftung kommunistischer Versammlungsteilnehmer verbreitet, die in ihrer Fäulnis die Wut der Steigerung des Kesseltreibens gegen die KPD deutlich erkennen lassen. Bezeichnend ist, daß es sich hauptsächlich um Meldungen aus Preußen handelt. Für die Art dieser Meldungen ist die Mitteilung über die Aushebung einer kommunistischen Versammlung in Kellinghausen typisch. Dort wurde eine sehr gut besuchte KPD-Versammlung von der Polizei ausgehoben mit der Begründung, sie trage einen „hochverräterischen“ Charakter. Und der Beweis wurde in folgendem geleistet. Wörtlich heißt es darüber in der Pressemeldung:

„Schon die Dekoration (!) des Saales, die aus zur Revolution aufrufenden Transparenten (!) bestand, ließ den illegalen Charakter der Versammlung erkennen.“

Die Arbeiterklasse hat bisher von der illegalen Arbeit andere Vorstellungen gehabt als die, daß man in einem Versammlungsraum Transparente mit revolutionären Losungen anbringt. Für die Bourgeoisie genügt das jedoch, um daraus „illegale Vorbereitungen“ zu konstruieren. Bezeichnend ist weiterhin, daß selbst nach dem Verbot die Polizei sämtliche Teilnehmer wieder entlassen mußte. Aus dem Warm-Keller wird gemeldet, daß wegen örtlichen Ausblättern, wahrscheinlich Unvorsichtigkeiten, ein großer Schlag der Polizei gegen kommunistische Funktionäre geführt wurde. Wörtlich heißt es darüber in dem Bericht:

„Eine ganze Reihe der beteiligten Personen wurde aus den Betten heraus verhaftet. Wie schon erwähnt, sind die Waffentunde bei der KPD sehr bestrahlt gemein.“

Der Bericht halber berichtet man jedoch nicht, was überhaupt gefunden wurde, stellt jedoch die Behauptung auf, daß „man ermittelt, daß die Waffentunde in höheren Verhöfen“ untergebracht sind.“ Wehrlich klingen die schablonenartigen Meldungen, deren Charakter ein aufmerksamer Beobachter jedoch un schwer erkennen kann. Nach wie vor bildet jedoch die Verbreitung von Gerüchten über die KPD eine am Bülowplatz in Berlin, die die Diktatur für die antikomunistische Pressebehe.

„Berlin am Morgen“ veröffentlicht eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz, in der es heißt:

„Die Vorgänge in der Umgebung des Bülowplatzes am Abend des 9. August, wurden veranlaßt, durch das un-

gründete politische Verbot, dem Wählern die Resultate des Volksentscheides wie in allen vorangegangenen Jahren am dem Bülowplatz durch Lautsprecher und Lichtbild bekanntzugeben. Noch niemals haben sich bei diesem Anlaß irgendwelche Störungen ergeben.“

Das Nazi-Liebkecht-Haus war in der Nacht vom Sonntag, den 9. August zum Montag, den 10. August, durch den lang das Ziel politischer Feuerangriffe, die gegen die gefährlichen Feinde des Gebäudes gerichtet waren. Eine Reihe von Einschüssen die von politischen Parabelschüssen und von Kettenschnitzern herrührten, wurde in Gegenwart von Beamten der Polizei festgestellt.

Die wiederholten Hausdurchsuchungen, die sowohl in der Nacht als am Montagmorgen stattfanden, und sich auf jeden Raum vom Keller bis zum Boden erstreckten, blieben völlig ergebnislos.

Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden weder irgendwelche Schriftstücke noch irgendwelche verbotene Person, geschweige denn eine einzige Waffe im Nazi-Liebkecht-Haus gefunden.

Frühe Hausdurchsuchungen wurden seitens der politischen Polizei vollkommen resultatlos abgedröhnt werden. Die einzige Person, die bei der Hausdurchsuchung zur Vernehmung nach dem Polizeiprotokoll mitgenommen wurde, weil eine Waffentunde mit einer von der Polizei gefundenen Person zu beizugehen schien, wurde am mittelfristig darauf auf freien Fuß gesetzt, nachdem es sich herausgestellt hat, daß die Annahme auf einem Irrtum beruht. Es erweist sich damit eindeutig, daß das Gerücht, wonach an den Zusammenkünften beteiligte Personen in das Nazi-Liebkecht-Haus gelockt seien, auf reiner Erfindung beruhen.

Eine örtliche Polizeibehörde möge sich an, unter Ausnutzung ihrer Gewaltmittel die Bestimmungen der Verfassung und des Bürgerlichen Gesetzbuches aufzuheben und den Eigentümer oder Inhabern eines Gebäudes jedes Betreten und jede Benutzung zu verhindern. Eine örtliche Polizeibehörde möge die unter Beilegung der Verfassung und aller gesetzlichen Bestimmungen, am 10. Reichstag einer der größten deutschen Parteien an der Durchführung ihrer Tätigkeit zu hindern.

Das Zentralkomitee der KPD hat alle Maßnahmen getroffen, um die Spaltung sozialdemokratischer Parteigruppen auf eine Störung oder Unterbrechung der Arbeit der kommunistischen Partei Deutschlands zurückzuführen zu können.







Nazi-Plattfüßler heraus!

X- und O-Beine, sowie Plattfüße heißt ohne Berufshörnung, „Enten“, Froschpfeife „V“, Kuckperso. Parteiangehörige erhalten Ermäßigung.

Einiges Interes fand bei im Völkischen Beobachter, dem Hauptorgan der Nazis in Deutschland, Danach scheint festzu stehen, daß die echt deutschen Raschlinge schon erheblichen Schaden genommen haben an Leib und Seele. Zwar behaupten sie die Nazis immer, daß X- und O-Beine, sowie auch Plattfüße das typische Merkmal der Juden oder Kommunisten sei. Wie dieses Interes zeigt, scheint das nicht mehr so ganz zu stimmen. Also müssen die Heiden repariert werden und dann alle Mann fe.

So werden, wie während des Krieges, echt deutsche Männer hergerichtet. Wie wird dann den echt deutschen Jungfrauen das Herz im Leibe lehren, wenn der Umling von seinen „Leiden“ befreit, ohne Xer oder O-Berger und Plattfüße vor sie tritt? Wie heraus zum Appell! Jeder echt deutsche Mann angreifen und weg mit die O- und Xer wie auch mit die Plattfüße! War ja kann Deutschland gesamt!

Arbeitsamt, Kaffierer des Hauspachos

Durch die Brüning'sche Notverordnung sind die Arbeitsämter zu Zwangsungen der Hauspachos geworden. Der Paragraph 17a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat einen neuen Absatz 4 bekommen, wonach der Besondere eines Arbeitsamtes in besonderen Fällen anordnen kann, daß ein angrenzender Teil der Arbeitslosenunterkunft zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnung des Arbeitslosen an den Vermieter ausgegibt wird.

Der Vermieter muß sich also gefallen lassen, daß ihm von der ersten Unternehmung nach die Miete gefordert wird. Wie kann der betreffende Vermieter mit seiner Familie von den übrigen Mietlingen leben soll, hört diese Gesellschaft nicht.

Diese Verordnung ist um so unangehlicher, als im Paragraphen 111 desselben Gesetzes ausdrücklich die Unpächbarkeit festgelegt ist. Klar ist aus diesem Teil der Notverordnung zu erkennen, in wessen Interesse die Notverordnung erlassen wurde. Dagegen hilft nur der geschlossene Kampf aller Werktätigen.

Polizeipräsident diktirt:

Flugblätter dürfen nur in Häusern verteilt werden

Die KPD hat für 14. 8. mehrere Versammlungen abgelehnt. Die haben statt im Gäßchen Köhler und in Wäckerle Stadthaus in Dresden-N. Wie nach der Notverordnung vorgeschrieben, hat die KPD hierzu die Genehmigung beim Polizeipräsident nachgeholt. Diese wurde auch erteilt. Dabei macht aber der Polizeipräsident folgende Einschränkung:

„Die Verbreitung dieses Handzettels darf nur in diegenen Häusern geschehen.“

Die Einschränkung ist eine Beschränkung der Agitationsfreiheit, die der feinsten Berechtigung entspricht. Wer glaubt, die KPD in dieser Hinsicht nachgeben zu können, der irrt.

Die Kommunistische Partei hat den Weg zu den Massen gefunden. Die Werkstätten werden darauf durch Massenbesuch der vielen Versammlungen antworten. Die Lösung für Freitag ist: Wie heraus zu den Massenfundgebungen der KPD!

Aus Not in den Tod

Ein in der Wannenstraße wohnhafter 58 Jahre alter Zimmermann beging durch Öffnen der Gasöhne in seiner Wohnung ein Selbstmordanschlag. Als er aufgefunden wurde, war der Tod bereits eingetreten. Verhängnisvolle Sorgen waren — so schreibt der Polizeibericht — der Grund zur Tat.

Ins Fahrtrahd geklaut

Erkern morgen ließ eine ältere Frau auf dem Albertplatz in Dresden-N. direkt in ein Fahrtrahd. Sie erlitt schwere Kopfverletzungen und mußte abtransportiert werden.

Durch Lichtstrom verunglückt

Am Dienstagnachmittag zog sich in der Wachsenbergstraße eine Frau beim Besuchen eines handharten Lichtbogens in harte Verbrennungen an der Hand zu, daß sie demutlos wurde. Die Frau hatte ein Lichtbogen von ihrem Wohnort nach dem Waldweg legen wollen. Die von der Feuerwehr sofort angeforderten Wiederbelebungsbemühungen waren von Erfolg.

Sturz vom Motorrad

Während der Kadeberger Landstraße kam am Dienstagnachmittag ein Motorradfahrer aus Dresden mit seinem Motorrad in Richtung Dresden gefahren. In der Nähe der Heilmühle fuhr der Motor plötzlich aus. Der Fahrer, ein Mechanikermeister aus Dresden, wurde nach vorn geschleudert, wobei er sich eine Schenkelverletzung und schwere Kopfverletzungen zuzog.

Feuerschiff verunglückt

Während der Kadeberger Landstraße kam am Dienstagnachmittag ein Feuerschiff mit einem Motorboot in Richtung Dresden gefahren. In der Nähe der Heilmühle fuhr das Motorboot plötzlich aus. Der Fahrer, ein Mechanikermeister aus Dresden, wurde nach vorn geschleudert, wobei er sich eine Schenkelverletzung und schwere Kopfverletzungen zuzog.

Selbstentzündung von Kohle

Während der Kadeberger Landstraße kam am Dienstagnachmittag ein Feuerschiff mit einem Motorboot in Richtung Dresden gefahren. In der Nähe der Heilmühle fuhr das Motorboot plötzlich aus. Der Fahrer, ein Mechanikermeister aus Dresden, wurde nach vorn geschleudert, wobei er sich eine Schenkelverletzung und schwere Kopfverletzungen zuzog.

Streckenbahn und Personenauto

In Kadeberger Landstraße, erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Streckenbahnwagen und einem Personenauto.

Brüning und die SPD-Führer feierten die Weimarer Verfassung . . .

Die SPD-Führer und die SPD-Brüning feierten am 11. August in Dresden Verfassung / Was alles in der Verfassung steht, bringen wir nachfolgend im Auszug / Was noch übrig geblieben ist wissen unsere Leser / Den Kommentar gaben die SPD-Arbeiter

- Artikel 1: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Artikel 109: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.
Artikel 114: Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
Artikel 115: Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Privatheit und unverletzlich.
Artikel 118: Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.
Artikel 151: Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfragen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.
Artikel 159: Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist jedermann und für alle Berufe gewährleistet.
Artikel 163: Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.
Kommentar, insbesondere zum Artikel 118 — siehe Presseunterordnung!

Den Kommentar dazu? Auch eine große Anzahl sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter Dresdens haben ihn vorgelesen gegeben: in der vorgelagerten Verfassungsdemonstration der SPD marschierten trotz ungeheurer Anstrengungen und allen möglichen Manövern der Führung genau 2170 Personen. Im Vorjahre waren es viermal so viel.

Verfassungspleite der Dresdner SPD / Von 30000 erschienen 2000

Auch die SPD hatte am 11. August eine Pleite. Natürlich, wo die Behörden dieser Republik setzen, da darf die SPD nicht fehlen. 10 Uhr. Die Pleite soll heißen. In „mächtigen“ Zügen rufen das Reichsbanner und die Ordner an. Alle Erwartungen werden übertroffen. Natürlich nicht in der Richtung der Massen, die dort ihre Treue zur Republik beabsichtigen aus voller Brust auf neue zu setzen, sondern umgekehrt. Ganze 2000 marschierten uniformiert auf. Darunter befanden sich nur rund 900 Reichsbannerkameraden. Die Jugend fehlt gänzlich. Dieter Aufmarsch war eine deutliche Abgabe der SPD-Arbeiter an ihre Führung. Was hier aufmarschiert war, das war der Teil, der durch seine Funktionen und Arbeitsstellen gebunden, sich verpflichtet fühlte, der Anweisung Folge zu leisten. Eine ausgemachte Pleite. Die SPD behauptet, mehr als 20000 Mitglieder in Dresden zu haben. Sie will nach ihren Berichten sogar mit Tausenden in den letzten Jahren gewachsen sein. Wäre das richtig, dann würde die Pleite noch offenkundiger sein. Es würde bedeuten, daß kaum 10 Prozent dem Teil der Pleite gefolgt sind.

Königlich wie der Aufmarsch, waren auch die Reden der Prominenten. Herr Kurpath vom Reichsbanner (Gemeinde- und Staatsarbeiter) sprach als erster. Was er zu sagen wollte, war mehr als köstlich. Europa, Staatenbund, Völkervereinigung und einen Dank an diejenigen, die im Kampf für die Republik gefallen sind, das war alles. Wenn er damit dankte, ist klar. Er dankte dem Gewaltapparat der Republik, der in Mitteldeutschland, an der Ruhr, in Berlin, Sachsen, Hamburg gegen den Ansturm der Arbeiter eingeleitet wurde. Es war der Dank latter Bürger an die Justiz, die durch drakonische Strafen, geküßt auf das Republikstuhngesetz, Arbeiter für Jahre hinter Justizhausmauern setzte. Es war der Dank an Brüning, der durch Lohn, Gehalts-, Unterhaltungs-, Steuer- und Zollraub das Leben dieser Republik auf Kosten der Millionen Werttätigen künstlich verlängerte. Nichts kennzeichnet die Rolle der SPD besser als dieser Dank. So war es auch nicht verwunderlich, daß das Teil auf die Republik recht köstlich ausfiel. Nach Herrn Kurpath sprach Herr Wedel. Mit einigen faulen Wörtern verfuhrte er einige Stimmung in die „Massen“ zu bringen. Er behauptet, daß Herr von Hindenburg noch immer Ehrenmitglied des Stahlhelms ist, daß Stahlhelmer und Nazis in allen Kestern sitzen, wobei er vergißt, daß ja die SPD hierfür die Hauptverantwortung trägt. Hat nicht Sennering den Geläch gegen kommunistische Beamte herausgegeben? Unterstützt nicht die SPD die Regierungen, wie Schick in Sachsen, unter deren Amtszeit früher Abgebaute wieder eingestellt werden?

Herr Wedel schätzte das Gedächtnis der Arbeiter sehr schwach ein. Diele aber wissen besser als ihre Führung, was an den heutigen Zuständen die Schuld trägt. Sie antworteten am 11. August auf ihre Art.

Alle Werkstätten müssen die letzte Konsequenz ziehen: Schlag mit dem kapitalistischen System! muß die Lösung sein.

Reißt euch ein in die rote Klassenfront unter Führung der KPD! Absonniet und leßt die Arbeiterstimme!

Wann erhalte ich Lohnsteuerermäßigung?

Nach dem Einkommensteuergesetz konnten bisher, besonders wirtschaftliche Verdienste, sofern sie die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, bei Jahresabschluss durch Wiedererstattung eines entsprechenden Betrages der gezahlten Lohnsteuer berücksichtigt werden. Eine Erstattung war so z. B. möglich aus Anlaß der Unterbrechung mittelbarer Angehöriger (in der Zeit der heutigen Arbeitslosigkeit ein nicht letzter Fall), in Arbeitsfällen, bei Verhinderung (z. B. Aus-

neuerschulden), bei außergewöhnlichen Aufwendungen für den Unterhalt oder die Erziehung einschließlich der Berufsausbildung der Kinder, bei getrennter Haushaltsführung usw. Diese Erstattungsmöglichkeit ist mit erstmaliger Wirkung für das Kalenderjahr 1931 durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gestrichen worden.

Damit ist eine Verhinderung eingetreten, die sich katastrophal auswirkt. Hat beispielsweise ein Erwerbsloser, der mehrere Jahre erwerbslos war, wieder einmal für etliche Wochen Arbeit, so wird ihm die Lohnsteuer abgezogen, ohne daß er Erstattung verlangen kann. Während den Inhabilitäten Steuern gezahlt und zuletzt geklärt werden, wird aus den Werkstätten der letzte Pfennig herausgepreßt.

So werden den Kapitalisten Millionenommen geklaut. Die Werkstätten müssen demgegenüber ihre Rechte geltend machen. Sie müssen versuchen, trotz der Verhinderung nach zu Feststellungen oder Ermäßigungen zu kommen. Das Einkommensteuergesetz enthält immer noch einen anderen Weg, um zur Erstattung zu kommen, als den der nachträglichen Erstattung, der durch die Notverordnung verdrängt worden ist.

Nach Paragraph 75 des Einkommensteuergesetzes kann auf Antrag eine Erhöhung des sogenannten steuerfreien Lohnbetrages vorgenommen werden, wenn die eingangs genannten Voraussetzungen der besonderen wesentlichen Befähigung des Einkommens vorliegen; die Berücksichtigung erfolgt dann in der Weise, daß die monatlich vom Arbeitgeber einzubehaltende Lohnsteuer in ihrem Betrag herabgesetzt wird. Wer glaubt, daß bei ihm besonders belastende Umstände vorliegen, die eine Ermäßigung der monatlichen Lohnsteuer rechtfertigen, wird auf sol einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages an das zuständige Finanzamt einzureichen. Auch einer ausführenden Begründung ist dem Antrag die Lohnsteuerkarte beizufügen.

Eine Erhöhung des steuerfreien Betrages mit rückwirkender Kraft wird nicht gewährt. Es empfiehlt sich deshalb, solche Gründe unter ausführender Begründung schriftlich zu machen. Dabei muß sowohl die zurückliegende wie auch die Zeit bis zum Ende des Jahres mit den eventuellen Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt werden.

Von der NSDAP zur KPD

über dieses Thema sprechen: Herbert Hensel ehemalg. Gau-Betriebszellenleiter der NSDAP Sachsen Johannes Knöchel M. d. R. Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, Bezirk Sachs.

am Freitag, den 14. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Wölfnitz u. Ballhaus Watzke Erscheint in Massen! Unkostenbeitrag 10 und 20,- KPD u. Kampfbund gegen Faschismus

Gesunde weiße Zähne: Chlorodont Zahnpaste Tube 54 Pf. und 90 Pf.

SLUB Wir führen Wissen.

# Ostschlesien

## Der tapferere Nazi forcht sich net...

(Arbeiterkorrespondenz 1626)

**Birna.** Vier harmlose Strandpassanten übten sich im Weiterschwimmen mit Steinen in die Elbe. Der auch am Strand weilende Nazi Ludw. G., der sein Paddelboot 50 Meter entfernt wusch, fürchtete sich durch die Reflektion der 4 Strandpassanten gestört. Er suchte und kämpfte. U. a. forderte er sie auf, daß sie hinstimmen sollten, er wolle ihnen die Paddel übers Kreuz hängen. Einer der Strandpassanten, der sich das nicht gefallen lassen wollte, ging zu ihm hin. U. ging ebenfalls ins Wasser und wiederholte seine Schimpfwörter; auch forderte er den Strandpassanten auf, ins Wasser zu kommen, wenn er die Paddel übers Kreuz haben will. Der Strandpassant schaute sich nicht und ging in seiner Kleidung ins Wasser. Da fiel U. das Herz in die Hosen und er rief um Hilfe. Da ihm niemand zu Hilfe kam, ergriß er sofort die Flucht, indem er sich ins Paddelboot setzte und über die Elbe floh. Der Strandpassant konnte ihn nicht erwischen und ging seine nassen Kleider wechseln. Inzwischen telefonierte U. von Birna an die Polizei zu Copitz, daß sie ihm zu Hilfe kommen sollte. Bald darauf kamen 2 Polizisten mittels Rad. Als U. die Polizisten sah, kam er wieder nach Copitz ans Land und rief sie zu sich. Er erklärte ihnen, daß er durch seine politische Auffassung von Kommunisten angefallen wurde und polizeilichen Schutz brauche. Die Polizisten konnten keine weiteren Ermittlungen feststellen. Unter polizeilichem Schutz brachte Nazi-Ludwig sich und sein Paddelboot in Sicherheit.

## Wo ist der Bürgermeister?

**Viegnau.** Hier ist die Lappag. Diese verkauft Land. Eine Reihe Siedler verfuhr, dort hat eine Erbschaft zu gründen. Die Bautätigkeit hat in größerem Umfang eingesetzt. Dazu brauchen viele auch manchmal den Bürgermeister, der ja die Pläne genehmigen muß. Aber nun glaubt, daß dieser immer zu sprechen ist, der jetzt gewußt. Selbst während den am Gemeindevorstand angelegten Dienststunden konnte er teilweise nicht angetroffen werden. Vielleicht helfen die wenigen Zeiten, daß in Viegnau eine geordnete Dienstzeit eintritt.

## Opiet der Arbeit

**Vöbana.** Bei der Abfuhr von Langholz aus dem Revier des Vöbanaer Berges wurde der 19jährige Arbeiter Dammaler aus Vöbana durch einen abrollenden Baumstamm so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb.

## Schweres Motorradunglück

**Cögnig.** Auf der Dresdener Straße in der Nähe der Schriepershäuser ereignete sich am Montag vormittag ein schweres Motorradunglück. In Richtung Dresden fuhr in schnellem Tempo ein mit zwei Dresdener Betten beladenes Motorrad. Bei einem infolge plötzlichen Bremsens der Steuerung mit aller Heftigkeit an einen Stützbauwerk der rechten Straßenseite. Unglücksverursacher wurde hierbei ein 21jähriger Mann mit Verletzungen in seinem Rücken auf ein Rückenrad geschleudert. Das Kind erlitt bedeutende Verletzungen; ihm wurde sofort ärztliche Hilfe erteilt. Die beiden Kraftfahrer tragen ebenfalls erhebliche Verletzungen davon und fanden Aufnahme im Johannstädter Krankenhaus in Dresden.

## In den Bach gefahren

**Thornau.** Der infolge eines früheren Unfalles gelähmte Hochschulpflichter Dr. Gierisch fuhr mit seinem Selbstfahrer die Gemütsheide Freiberger Straße hinab. Dabei verlor er plötzlich die Kontrolle. Professor Gierisch fuhr bei dem Versuch, einem Kraftwagen auszuweichen, gegen das eisernen Geländer des Schienenbühnen und stürzte mit diesem in das Bachbett hinab. Dabei hat er sich einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen zugezogen.

## Explosion am „Stillen Ort“

**Baunau.** In Oberbaunau ereignete sich ein bisher wohl seltenere Unfall. Dort hatte der Schwiegersohn des Gastwirts nicht mehr geschäftsfähiges Karbid in den Abort geschüttet. Das Karbid hat aber lebhaft doch Gas entwickelt. Als die verheiratete Tochter des Gastwirts kurze Zeit später den Ort aufsuchte und sich eine Zigarette anzündete, erfolgte eine Explosion. Die Frau wurde so erheblich verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

In der Johann. Ede Moritzstraße fand am Dienstagabend in einem Nebelkessel eine Explosion von Gasen statt, die sich vermutlich von selbst gebildet haben dürften. Durch die Explosion wurden der Deckel des Schornsteins und eine Steinplatte des Aufzugs hochgerückt. Die Feuerwehre veranlaßte die Abschaltung des Stromes. Nachdem keine Brandgefahr mehr bestand, konnten die Untersuchungen des Portales und die Arbeiten an der Unfallstelle in Angriff genommen werden.

# Wie der Arbeiter in der Gornjetunion lebt

Ein amerikanischer Ingenieur über die Lebenshaltung im Ural

In der New Yorker Zeitschrift „The Nation“ veröffentlicht der in der Gornjetunion tätige amerikanische Ingenieur Walter Arnold Kutenler eine Reiseberichterstattung über die Lebenshaltung der Arbeiter im Ural.

In Ufa sind an die Stelle der früheren grohen, nicht privaten Baracken fast ausschließlich neue Häuser für viele Familien getreten. Es sind dies zum größten Teil zweistöckige Häuser, die aus Holz erbaut, gegen Feuer durch Stein auf der Innenseite und durch Abstellplatten auf der Außenseite geschützt und dann weißgewaschen sind. Die Zimmer sind hell und luftig und groß genug, um 2, auch 3 Personen unterzubringen. Es sind reichlich Abtreibe, Bäder und Waschküchen vorhanden. Gewöhnlich befindet sich auf jedem Stockwerk eine Gemeinschaftsküche, die bis zu 4 Familien versorgt. Große eingebaute Sofas sind zur Verfügung.

Im allgemeinen erhalten unsere Arbeiter in Ufa Fleisch, Butter, Eier, Zucker, Kaffee, Kakao, Milch und weisses Mehl in Nationen. Sie können Gurken, Kraut, Kartoffeln, Schwarzbrot oder schwarzes Mehl in so gut wie unbegrenzten Mengen bekommen. Bei kaltem Wetter, bei dem die Verbesserung von leicht verderblichen Lebensmitteln möglich ist, wird die Kost durch frisch gefrorenes Fleisch, die in großen Mengen geliefert werden, noch abwechslungsreicher gehalten. Geröstete Fische sind fast stets zu haben.

Es wird alles getan, um den Arbeiter und seine Familie dazu aufzumuntern, in den staatlichen Speisehäusern zu essen.

## Vom Dank des Vaterlandes

# Die Not der Schwerkriegsbeschädigten

Ungeheurer Raub bei den Beamten und Beamtenanwärtern

Wie sich die Notverordnungspolitik auf das Einkommen der Kriegsbekämpften auswirkt, das zeigen eine Reihe von Mitteltungen aus diesen Kreisen. So wird uns mitgeteilt:

Die Notverordnung wirkt sich bei den Schwerkriegsbeschädigten Beamten durch die ungeheure Verschärfung der Kürzungen bei Einkommen aus öffentlichen Mitteln ganz besonders stark aus. Bisher fanden diese Kürzungen nur Anwendung, wenn das Einkommen aus öffentlichen Mitteln ab 1. Februar 1931 300 RM betrug. Es wurde ab dann ein Zehntel der Rente und für jede weitere 60 RM ein weiteres Zehntel. Durch die neue Notverordnung ist der Grenzbetrag auf 210 RM herabgesetzt worden und die Rente wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Einkommen 210 RM übersteigt.

Durch diese Maßnahme werden selbst die geringst besoldeten Schwerkriegsbeschädigten Beamten, vom Volksposten aufwärts, in ganz ungeheurer Weise erfaßt. Neben den 10 bis 11 Prozent Gehaltsabzug, der Kürzung des Kinderzuschlages um zehn Mark für das 1. Kind verlieren die Schwerkriegsbeschädigten Beamten den größten Teil ihrer Rente. Ganz besonders hart werden hintertriebene Schwerkriegsbeschädigte durch diese unsoziale Maßnahme getroffen, wie nachstehende Beispiele mit eindrucksvoller Deutlichkeit zeigen:

1. Ein Postbote (niedrigste Besoldungsgruppe), verheiratet, 4 Kinder, Grundgehalt 175 RM, Wohnungsgeld 53 RM, Kinderzulage 80 RM, und zusammen 308 RM. 50 Prozent sind ab 1. Juli 81,15 RM. Davon durch die Notverordnung am Gehalt 10 Prozent Abzug . . . . . 30,80 RM an Kinderzulage für das 1. Kind . . . . . 10,— an Rente Abzug 308 RM. — 210 = 98 RM, davon die Hälfte . . . . . 49,— Summe der Abzüge: 89,80 RM

Diese ungeheure Kürzung ist für eine stöplige Familie untragbar.

2. Ein Oberpostkassierer, verheiratet, 2 Kinder, Grundgehalt 200 RM, Wohnungsgeld 72 RM, Kinderzulage je 20 RM, zusammen 312 RM. 60 Prozent ab 1. Juli 187,20 RM. Abzüge: 10 Prozent an Gehalt . . . . . 31,20 RM an Kinderzulage . . . . . 10,— an Rente 312 RM. — 210 RM = 102 RM, davon die Hälfte . . . . . 51,— Summe der Abzüge: 92,20 RM

# Heimarbeitern die Mlu geraubt

Macht Front gegen Unterstufungsraub!

Nach der Reichsnotverordnung vom 5. Juni scheiden am 1. November 1931 die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Versicherungspflicht nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus, soweit nicht durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers eine andere Anordnung getroffen wird.

Diese Bestimmung trifft Sachjen besonders schwer. Gerade hier ist die Heimarbeit in einer Reihe von Zweigen zu Hause. Es gibt in Sachsen Gemeinden, in denen 10 Prozent der Bevölkerung in der Heimarbeit beschäftigt sind. Diese Tatsachen zeigen, daß durch die Notverordnung das Elend in den Gemeinden wächst. Jetzt hat nun auch die Leitung des Sächsischen Gemeindetages, dieses Gremiums, das von Sozialdemokraten und Völkern halbpakt besteht und von dem aus eine Reihe von Beschlüssen in der Wohlfahrtsfrage durchgeföhrt wurden, gegen diese Versicherungspflicht Protest erhoben. Natürlich nicht, um den Erwerblosen zu helfen, sondern lediglich aus Angst vor dem Bankrott der Gemeindefinanzen.

Die Heimarbeiter können ihr Recht nur erkämpfen und diese Versicherung nur abwehren, wenn sie gemeinsam mit allen übrigen Arbeitern der übrigen Berufsgruppen kämpfen in roter Einheitsfront unter Führung der KPD gegen Unterstufungsraub, Sozialreaktion und Faschismus.

## Not- und Lohndverordnung der DRR

(Arbeiterkorrespondenz 1568)

Die durch die Notverordnungspolitik am Krankenstandsetzungen eingetretene Verschlechterung werden durch eine Reihe von Maßnahmen, die uns zuzugingen, beleuchtet. So schreibt uns ein Arbeiter:

Nachdem sich am 12. 6. in meiner Schulter Schmerzen eingestellt, bin ich am Tage darauf vom Dr. med. Trier, Königsbrücker Straße 59, auf zwei Tage erwerbsunfähig geschrieben worden.

Obwohl die Reichsregierung den Schwerkriegsbeschädigten Beamten eine Besserung ihrer Lage durch Verbesserung des Sozialversicherungsdienstes versprochen hat, nimmt sie ihnen durch die Notverordnung noch das Letzte, ihre Rente, die die Schwerkriegsbeschädigten für den Verlust ihrer Glieder, für Einbuße an Lebenskraft, Lebensfreude und Lebensjahre so dringend brauchen. So sieht der oft versprochene Dank des Vaterlandes in Wirklichkeit aus!

Dah man den Schwerkriegsbeschädigten, die den Rest ihrer Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen, um sich neben der fargen Rente eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen und um leichter über ihre Gebrechen hinwegzukommen, neben ihrem schätzbaren Gehaltsabzug und der Kürzung der Kinderzulage noch besonders dafür bestraft, daß sie mehr als 210 RM im Monat verdienen, ist ein Unrecht, das keinesgleichen sucht.

## Nachkriegskriegsbeschädigter Erwerblosler

Ein erwerblosler Kriegsbeschädigter schreibt uns: Als Schwerkriegsbeschädigter Arbeitsloser erhielt ich vor der Notverordnung monatlich 25,50 RM Erwerbloslerunterstützung. Nach der neuen Notverordnung erhalte ich mit Frau und drei schulpflichtigen Kindern nur noch 2,58 RM, also ein Lebensunterhalt von wesenentlich 22,92 RM und ein Rentenzug von monatlich 5,85 RM. Der Staat erlaubt sich, mir Schwerkriegsbeschädigten, monatlich 96,21 RM zu rauben. Als ich noch in Arbeit stand, durfte ich aber die höchsten Beiträge zur Erwerbloslerversicherung bezahlen. Das ist der Dank des Vaterlandes!

Diese Beispiele, aus der Fülle der Zuschriften herausgegriffen, zeigen, wie ungeheurer Raub durch die auch von der KPD gebilligten Notverordnungen an den Kriegsbeschädigten vollzogen wurde. Die Kriegsbeschädigten, die genau wissen, daß die hohen Offiziere und Generale, die ihre Knochen mit der Etappe nach Hause brachten, von ihren Kleinstpostionen nichts gekürrt erhielten, müssen gemeinsam Front machen mit allen Verfallenen gegen Renten-, Unterstufungsraub und Sozialreaktion. Sie müssen sich einreihen in die rote Klassenfront. Das einzige Organ, das diesen Raub rückwärts anprangert, ist die Arbeiterstimme! Jeder Kriegsbeschädigte abonniert und liest deshalb die Arbeiterstimme!

## FREITAG Spar-Angebot

# Hausschürze

aus schwerem Gummistoff, einfarbig oder gemustert!

Eine Form, die praktisch u. kleidsam ist

nur **48**

## HERMANN TIETZ



# Revolutionäre Krise in Polen reift heran!

Von J. Lenzi

Die in Polen entfaltenden Klassenkämpfe zeugen von revolutionärer Umwälzung nicht nur unter den breiten Massen des Proletariats und der Bauernschaft, sondern teilweise auch unter der städtischen Kleinbourgeoisie. Die fatale Zuspitzung der Industrie- und Agrarkrise, in deren Folge eine schwere Finanzkrise auftritt, zwingt die breiten Massen der Arbeiter und Bauern in Armut und Elend, wie sie Polen noch nicht zu verzeichnen gewiesen sind. Alle Versuche der bürgerlichen Regierung, die Krise zu mildern, haben sich der tatsächlichen Krise erlitten. Die Sommerfrucht brachte nicht den erwarteten Reichtum. Die Hälfte der Industrie-Produktion ist weiterhin unter Erwerbslosigkeit. Zu der Massenlosigkeit der Erwerbslosen gesellen sich Zehntausende auf der Suche nach Arbeit. Die Leistungen der Arbeiter sind durch die Steuerlasten dem Bauern das letzte Stück Brot. Die knäuernde Hand des Hungers greift Hunderttausende Arbeiter und Millionen armer Bauern an die Kehle.

Mit dem nahenden Herbst wird eine neue scharfe Einschränkung der Industrieproduktion und ein weiterer Sturz der Preise landwirtschaftlicher Produkte eintreten. Jetzt ist es schlimm, als noch schlimmer werden. — Deuten die bürgerlichen Regierungen vor, indem sie den Rat erteilen, auf bessere Zeiten zu warten.

„Warten, durchhalten“ — das ist die Lösung des Problems des polnischen Faschismus, des ehemaligen Finanz- und Wirtschaftswelt, in die alle Faschisten und Sozialfaschisten einstimmen.

Über die wertvollen Massen können und wollen nicht geduldet werden!

Der wütende Angriff des Kapitals wird mit dem revolutionären Gegenangriff des Proletariats beantwortet, der die Kräfte, welche in der revolutionären Bauernschaft und der nationalen Befreiungsbewegung wurzeln, zusammenfaßt und gleichfalls die schwankenden Elemente der städtischen Kleinbourgeoisie in den Kampf hineinzieht. Eben dieser **generelle revolutionäre Aufschwung** — der noch äußerlich ungleichmäßig vor sich geht — charakterisiert die Bewegung, die sich innerhalb der Massen vollzieht. Die außerordentlichen Kampfdemonstrationen am 1. Mai, die aktive Teilnahme der Bauernschaft an diesen Demonstrationen, die blutigen Barrikadenkämpfe in Jaworski, die Streiks in Dombrowa, der Streik der Arbeiter der Straßenbahnen in Warschau, der Streik der Seeleute in Gdingen, der Generalstreik in Gostyn — das sind die einzelnen Kettenglieder dieses Aufschwungs.

Die Art des Streikkampfes hat sich bedeutend verbreitert; das Schwerkraft verlag sich auf die Großbetriebe und entscheidenden Knotenpunkte. Klar trat das Bestehen in Erscheinung, den Streikkampf auf ganze Produktionsweige auszuweiten. Das Hineinziehen der Arbeiter in den Streik, die wachsende Beteiligung der Erwerbslosen, die Verbindung der Streikbewegung mit den höheren Formen des Kampfes um die Straße, die Verflechtung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes — all dies nötigte die Bourgeoisie und die Regierung zu Konzessionen. Das ist auch der Grund, daß die überwiegende Mehrheit der Streiks friedlich ausgingen, was in den Reihen der Arbeiterklasse das Vertrauen in die eigenen Kräfte weckte. Darin besteht die internationale Bedeutung dieser

Streiks. Wenn die Streiks der Bergarbeiter an der Ruhr und der Berliner Metallarbeiter den Massen bewiesen haben, daß die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen die einzige Kraft sind, die gegen die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Schultern der Werttätigen kämpfen, so erbrachten die letzten Streiks in Polen den Beweis, daß ein **regelmäßiger Kampf** unter der Führung der Kommunisten möglich ist. Die führende Rolle der kommunistischen Partei hat ein wesentlich stärkeres Gewicht bekommen.

Die Erwerbslosenbewegung durchdringt in immer breiterem Ausmaß die Schranken des faschistischen Terrors!

Der Kampf der zur Verzweiflung getriebenen Bauernmassen gegen die Steuern nimmt immer schärfere Formen an. Die blutige „Bestrafung“ der Westfalen, dieselbe „Bestrafung“ Westpreußens — alles das hat den nationalen Befreiungskampf gegen die polnische Okkupation noch mehr gesteigert. Schließlich trat ein weiterer Faktor in Erscheinung — die tiefe Hungersnot unter den dem Hunger und Elend ausgelieferten Staatsangestellten, die die Zerlegung des Staatsapparates begünstigen wird. Unter den von der Krise erschütterten Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie begannen die Sympathien für die proletarische Revolution zu wachsen. Das zeigte sich beim Streik der Warschauer Straßenbahner. Die „Warschauer Zeitung“ schrieb damals voller Unruhe und Verger über das „Verhalten des Publikums, welches nicht einmal den Versuch machte, den Streik zu sprengen, wie es das noch in den vergangenen Jahren getan hat“.

Ein besonderes charakteristisches Zeichen des Aufschwungs, der in der Stimmung und im Bewußtsein der Massen vor sich geht, ist die beschleunigte Preisgabe der Massen über einen friedlichen „demokratischen“ Ausweg aus der Krise, wie sie von den Sozialfaschisten und Nationalfaschisten verbreitet werden.

Der von den Kommunisten gezeigte Weg der revolutionären Lösung der Krise findet in den breiten Massen Verständnis. Deshalb beginnen die Transmissionsriemen der faschistischen Diktatur zu den Massen mehr und mehr zu versagen. In einzelnen — allerdings noch seltenen Fällen — vollzieht sich dieser Prozeß in häßlichem Tempo. Drastische Beispiele dafür erbrachte der Streik der Straßenbahner in Warschau, der eine bis dahin nie vorhandene Kluft zwischen den Spitzen und den unteren Schichten der sozialfaschistischen und faschistischen Gewerkschaft aufwies. Aber dieser Prozeß hat noch nicht an allen Fronten ein solch häßliches Ausmaß angenommen. Neben dem Verfall der faschistischen „Arbeiter“-Partei erklärt sich die Massenbasis der PSP, die sich noch hier an die Spitze der Massen stellen wird, um sie vom revolutionären Wege abzuwenden. Die Taktik, den Streikkampf durch eintägige Demonstrationen zu ersetzen, wird von den Sozialfaschisten noch mit einem gewissen Erfolg durchgeführt.

Das unter diesen Umständen zunehmende Platzen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Polens nimmt Stellung zur Lage und den Aufgaben der Partei auf der Basis der Beschlüsse des IX. Plenums des ZK, das der Partei die Vorbereitung der Massenbasis der Bewegung, die Vereinigung ihrer einzelnen Teilbewegungen und die beschleunigte Eroberung der Mehrheit des Proletariats, sowie der entscheidenden Massen der Bauernschaft und der unterdrückten Völker als Hauptaufgabe jünger.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Scharfens der revolutionären Krise, die nicht durch eine chinesische Mauer von dem revolutionären Aufschwung getrennt ist, ist die **Abwehr**, die die Massen den Attacken des Kapitals entgegenlegen, die Sprengung des Rahmens der faschistischen Diktatur, die Organisierung der Massenabwehr gegenüber den bewaffneten Kräften des Faschismus, der Zusammenprall zwischen den Spitzen der sozialfaschistischen Partei und ihren Mitgliedermassen, der Übergang der breiten Millionenfront zu den höchsten Formen des revolutionären Kampfes, die bis in die Kellern getragenen werden müssen.

Im Verlauf des Kampfes um Arbeit, Brot und Freiheit muß die kommunistische Partei Polens ihre Organisationen ausbauen und verstärken und die Transmissionsriemen zu den Massen, vor allem in den Großbetrieben und an den strategisch entscheidenden Punkten der Wirtschaft in Gang setzen. Vor allem ist notwendig, die Direktion zur Verdoppelung der Mitgliederzahlen in kürzester Zeit durchzuführen. Ferner ist es notwendig, die revolutionären Gewerkschaften, die Opposition in den sozialfaschistischen und faschistischen Gewerkschaften, ferner die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung möglichst rasch auszubauen.

## Gegen Verleumdung und Denunziantentum!

Erklärung der Bezirksleitung Sachsen der KPD

Das Organ der politisch und organisatorisch vollkommensten brandlerischen Negativgruppe steht in dieser Ausgabe in diesen Tagen darin, die kommunistische Partei und ihre Führung zu verleumden und den Weg der revolutionären Bewegung und der KPD die unangenehmsten Verleumdungsgeschichten gegen die kommunistische Partei zu liefern. Die Belohnung für sein antisozialistisches Gebahren hat das Organ vom erstenmal erhalten, daß das Verbot der „Arbeiterpolitik“, das am 1. August ausgesprochen wurde, bereits am nächsten Tag von Seewering wieder aufgehoben wurde. Ganz offen wird darin zum Ausdruck, daß Seewering sich diese öffentlichen Kampfe gegen die kommunistische Partei augenblicklich nicht entgehen lassen will. Umso kräftiger steht es, daß die Arbeiterpolitik ihre Verleumdungskampagne gegen die KPD und ihre Führung fort.

In der Ausgabe vom 5. August veröffentlicht nun die „Arbeiterpolitik“ einen Artikel mit der Überschrift: „Gegen die Mittelteilungs Politik“, der sich mit angeblichen Vorwürfen in der sächsischen Parteioffiziell beschäftigt. In Teil der journalistischen Enthüllungen und der offenen Denunziation an die Polizei wird der Beschluß der Parteileitung zur Verlegung der sächsischen Zeitung der Organisation von Dresden nach Leipzig mitgeteilt. Des Weiteren wird über eine angebliche Liquidierung der Parteizeitung von Dresden und Chemnitz orakelt. Weiter wird über die angebliche Aufhebung der innerparteilichen Demokratie gesprochen. Der Beschluß der Bezirksleitung auf Verlegung der KPD von Dresden nach Leipzig ist eine rein innerorganisatorische Angelegenheit der KPD der von der zuständigen Parteileitung geprüft wurde und dem alle Parteinstanzen im sächsischen Bezirk einstimmig zugestimmt haben. Die angebliche Erregung bei einer solchen „Wunderheit“ findet nur in der Phantasie des Verleumders und Denunziantenblattes der Brandlerischen. In der gesamten Parteileitung herrscht volle Einmütigkeit über die Richtigkeit dieses Beschlusses.

Die Meldung über die Liquidierung der Dresden und Chemnitz Parteizeitungen ist vollkommen aus der Luft gegriffen und in keiner Parteileitung ist ein solcher Beschluß präpariert oder diskutiert worden. Die Partei ist im Gegenteil dabei, die sächsischen Parteizeitungen trotz des Verbotsterrors weiter auszubauen und zu verbreitern.

Was die Verleumdung der innerparteilichen Demokratie angeht, so muß auch hier festgestellt werden, daß das Verleumdungsorgan sich die Mittelungen darüber in der von ihm gebrauchten Form vollkommen aus den Fingern gelogen hat. Daß die KPD als eine revolutionäre Organisation unter den Bedingungen des verheerenden Terrors der bürgerlichen Staatsmacht ihre Arbeitsmethoden auf diese Bedingungen der erschwerten Arbeit anpaßt, ist für jeden Revolutionär selbstverständlich und die einseitige Entrüstung der Brandlerianer über die Maßnahmen zur härteren Handhabung der innerparteilichen Disziplin nur ein weiterer Beweis dafür, daß diese Leute alles andere als wirkliche Revolutionäre sind.

Wenn die „Arbeiterpolitik“ im Anschluß an ihre verleumderischen und auf Schädigung der KPD abzielenden „Enthüllungen“ von einem organisatorischen Verfall der KPD in Sachsen spricht, so ist hiermit wiederum der Wunsch der Vater des Scharfens. Die Entwicklung der sächsischen Parteioffiziell ist jedoch im Gegenteil alles andere als einen organisatorischen Verfall. Dies sei nur mit einigen Zahlen belegt.

Die Zahl der abgerechneten Mitglieder des sächsischen Bezirks steigt vom 1. Oktober 1930 bis 1. April 1931 um 57 Prozent. Vom 1. 4. bis 1. 8. ist die Zahl der abgerechneten Mitglieder weiterhin um 19 Prozent gewachsen. Vom 1. 4. bis 1. 8. wurden im sächsischen Bezirk 72 neue Ortsgruppen der Partei gegründet. Allein im Monat Juni betrug die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder 2034 und im Monat Juli 1690. Unter diesen befinden sich 91 von der SPD übergetretene Arbeiter.

Diese Zahlen sind alles andere als der Beweis für einen organisatorischen Verfall, sondern sie sind im Gegenteil der Beweis für das häßliche Fortwachsen und das Wachstum der sächsischen Organisation. Die kommunistische Partei nimmt in Sachsen in einem Monat mehr an Mitgliedern zu, als der sozialfaschistische im ganzen Reich Mitglieder hat. Diese politische und organisatorische vollkommene Bedeutungslose Sekte möchte vor allem deshalb einen Verfall der KPD in Sachsen vortäuschen, wenn ganz offensichtlich geworden ist, daß der brandlerische Verfall gerade in Sachsen am stärksten Schiffsbruch erlitten hat.

Als Beweis dafür dient einmal sowohl die Sammlung für den Preisfonds der „Arbeiterpolitik“, wo z. B. der ganze Bezirk Westsachsen nur ganze jämmerliche 8 Mark aufgebracht hat und damit an letzter Stelle in Deutschland steht, und zum anderen, wie aus Veröffentlichungen in „Gegen den Strom“ hervorgeht, selbst innerhalb dieser Spitzengruppen in allen drei sächsischen Bezirken die heftigsten innerparteilichen Kämpfe toben.

In Bezug auf die angebliche Liquidierung der sächsischen Parteipresse und dem angeblichen Verfall der sächsischen Presse sei nur folgendes mitgeteilt:

Trotzdem immer wieder auf Wochen hinaus die verschiedenen sächsischen Parteizeitungen verboten wurden, ist der Abonnementstand der sächsischen Parteipresse nicht im geringsten gesunken. Zwar hat von März bis einschließlich Mai 1931 die Zahl der Abonnenten und Straßenverkaufszeitungen beim Kämpfer um 20 und bei der SAJ um 110 abgenommen, was jedoch nur ein Bruchteil eines Prozentes der Abonentenzahl dieser Zeitungen darstellt. Die Gesamtauflage der drei sächsischen Zeitungen hat in dieser Zeit des schärfsten Terrors und der fortgesetzten Verbote sich jedoch um 26 erhöht, was auf ein besonderes Anwachsen der Abonentenzahl der Arbeiterstimme zurückzuführen ist. Hierdurch wird insbesondere die Lage von dem Verfall der Arbeiterstimme am glänzendsten widerlegt. Die Angabe der Abonentenziffer der Arbeiterstimme in der „Arbeiterpolitik“ zeigt im übrigen, daß diese Leute auch nicht im geringsten über die tatsächliche Abonentenzahl der sächsischen Parteizeitungen informiert sind.

Alle „Enthüllungen“ der „Arbeiterpolitik“ fallen also in sich selbst zusammen und zeigen nur zweierlei:

1. daß die „Arbeiterpolitik“ angesichts des vollkommenen Bankrotts des Brandlerischen in Sachsen keinen schärferen Wunsch hat, als daß tatsächlich eine Schwächung der kommunistischen Partei in Sachsen eintreten würde, während die Tatsachen jedoch das gerade Gegenteil und ein unaushaltbares Maß der Partei zeigen;
2. daß den betrüblichen Verleumdern und Denunzianten der Brandlerische keine Lage schmerzhaft genug ist, um sie gegen die KPD zu verwenden. Die Arbeiter können zur Genüge diese Brandlerische, als daß sie auf ihre Schwindel- und Verleumdungsgerüchte hereinfallen werden.

Sie werden gerade als Antwort auf diese Verleumdungs- und Lügenkampagne gegen die kommunistische Partei sich noch fester zusammenschließen um die kommunistische Partei Deutschlands und ihre Presse!

## Brief an alle erworbenen Leser fürs Volks-Echo

Dresden, den 14. August 1931.

Werte Gefinnungsfreunde!

Die Entwicklung der politischen Lage veranlaßt die kommunistische Partei, neben der Tageszeitung, die Arbeiterstimme, eine neue kommunistische Wochenzeitung für Sachsen herauszugeben. Die Partei veranlaßte daher eine große Werbekampagne, sowohl für die Arbeiterstimme als auch für die neue Wochenzeitung, das Volks-Echo, mit dem Ziele, bei Erreichung eines bestimmten Werdesells die neue Zeitung zum 1. August d. J. herauszubringen.

In der Zwischenzeit lekte seitens der Bourgeoisie eine bisher nie dagewesene Hege gegen die kommunistische Partei und ihre Zeitungen ein, die auch, wie Sie wissen werden, zum Verbot aller sächsischen Zeitungen führte. Durch die von den Gegnern so erreichte zeitweise Lahmlegung der Verlagsunternehmen war es nicht möglich, das Volks-Echo zum 1. August herauszubringen.

Es kam für Sachsen weiter hinzu, daß die bisher für die Oberlausitz herausgegebene Wochenzeitung „Der arme Teufel“ auf die Dauer von 6 Wochen ebenfalls verboten wurde.

Um zu vermeiden, daß bei Herausgabe der neuen Wochenzeitung Komplikationen mit der Behörde sich ergeben könnten, haben wir Verhandlungen geführt mit dem Dresdner Polizeipräsidenten und nachgewiesen, daß das Volks-Echo propagiert worden ist schon weit bevor die Arbeiterstimme und Der arme Teufel verboten wurden. Wir haben nachweisen können, daß der verbotene arme Teufel nur eine Direktzeitung war, wohingegen das Volks-Echo für das Gesamtgebiet Sachsens bestimmt ist.

Trotz alledem erklärt das Polizeipräsidenten das Volks-Echo

für eine Erzählung des noch verbotenen Armen Teufel und verbietet somit die sofortige Herausgabe.

Unsere Absicht, das Volks-Echo nach Aufhebung des Verbotes der Arbeiterstimme erstmalig im Sonnabend dem 15. August herauszubringen, ist daher durch die Einstellung des Polizeipräsidenten vereitelt worden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß alle diejenigen, die für den Bezug unserer Wochenzeitung erworben worden sind, das notwendige Verständnis dafür ausdrücken werden, daß wir uns in einer Zwangslage befinden, die uns nicht gestattet, den erworbenen Abonnenten jetzt schon die Zeitung zu liefern.

Am 12. September läuft das Verbot des Armen Teufel ab. Wir werden daher in der Lage sein, das Volks-Echo am 13. September erstmalig herauszubringen und wir bitten alle Abonnenten, sich bis dahin zu gedulden. Darüber hinaus richten wir das Ersuchen an alle Besteller sowie an alle Mitglieder der KPD und der Massenorganisationen, in der Zwischenzeit nichts unversucht zu lassen, um das für August und September gestellte Verbot für die Zeitung zu erreichen. Es muß gerade jetzt auf Grund der beherrschenden Maßnahmen mit der ganzen Stoßkraft der Organisationen die Werbung für das Volks-Echo vorangetrieben werden.

Verdoppelung der bisher erreichten Bezugszahlen muß das Ziel sein bis zur Herausgabe des Volks-Echos! Daran sollte jeder, der es ehrlich meint mit der Erreichung der kommunistischen Ziele beistimmen.

Treue zur proletarischen Sache, Treue zur roten Front! Kampf der wachen bürgerlichen Gesellschaftsordnung! Kampf bis zur Erringung eines freien, sozialistischen Deutschlands! Das gilt für alle, an die wir uns wenden.

Mit proletarischem Gruß Verlag des Volks-Echo.

# Rund um den Erdball

Aus dem Lande der proletarischen Diktatur

## Die Mißerfolge der Lady Astor

Von W. Kirschen / Moskau

### Bernhard Shaw und Lady Astor

Bernhard Shaw kam in die Sowjetunion, um seine Behauptung vom Sieg des Sozialismus durch Tatsachen zu stützen. Lady Astor suchte mit größter Energie im Sowjetland jene „Greuel“ zu finden, über die sie in England mit so großer Sicherheit berichtet hat. Von Bernhard Shaw haben wir gehört, daß er mit seiner Reise durchaus zufrieden ist. Wir wissen nicht, was Lady Astor über die Sowjetunion sagen wird. Jedoch müssen wir bemerken, daß sie hier schwere Enttäuschungen erlebt hat: Sie konnte keine „Greuel“ finden.

Entgegen den Befürchtungen weitblickender englischer Festsetzungsgenossen wurde Lady Astor weder erschlagen noch durch Hunger in den Tod getrieben. Auch wurde sie nicht ausgeraubt. Man hat ihr jede Möglichkeit gegeben, die verschiedensten Seiten des Lebens des Sowjetlandes nach Belieben kennenzulernen, ja man hat sogar ihrer Propaganda kapitalistischer, kritischer und spiritistischer Ideen, deren Anhängerin sie ist, keine Hindernisse in den Weg gelegt. (Wipfel der höflichkeitsvollen Greuel!)

### Die Lady und die Ruhmagd

In der Kommune „Lenin“, Kizlanski-Kanon, und in den benachbarten Dörfern hat sich die Lady mehrmals mit der „unterdrückten Bevölkerung der Sowjetunion“ unterhalten und da diese Unterhaltungen nicht allein für die Lady von Interesse sind, so wollen wir uns erlauben, den Inhalt kurz wiederzugeben. Nach Besichtigung des Musterhalls hatte die Lady ihre erste Unterhaltung mit der Ruhmagd Maria Karajich. „Kun“, fragte die Lady, „es geht wohl schlecht?“ „Aber nein, wir können nicht klagen. In der Kommune stehen die Dinge gut.“

Lady: „Ich frage, wie es Ihnen persönlich geht, nicht der Kommune.“

Maria: „Wenn's in der Kommune gut geht, so geht es auch uns gut. Wir sind doch Kommunisten.“

Lady: „Das ist falsch. Es wird Euch nur eingeredet. Wenn der Mensch nicht selber für sich sorgt, wird er nichts erreichen.“

Maria: „Als ein jeder von uns nur für sich selber sorgt, lobten wir schlecht. Seit wir die Kommune gebildet haben, ein kollektives Leben führen, ist es ganz anders geworden. Kein, ein Kollektiv ist immer gut.“

Lady: „Aber Sie müssen doch einsehen: das Kollektiv brüht, es gibt nicht die Möglichkeit, so zu leben, wie man will. Ich z. B. lebe selbstständig, ich tue und lasse, was ich will.“

Maria: „Sie sind ja eine von den Reichen, und wie geht es denen, die bei Ihnen arbeiten?“

Lady: „Unsere Arbeiter leben gut, sie sind gebildet, haben Kultur.“

Maria: „Na, ich glaube nicht, daß es ihnen besonders gut geht. Und wenn sie Kultur haben, werden sie umso eher die Revolution machen.“

Lady: „Bei uns kann es keine Revolution geben.“

Maria: „Aber doch, es kommt unbedingt zur Revolution. Schauen Sie mal bei uns: wieweil unwillkürlich, kulturlose Menschen hat es gegeben und doch haben wir die Oktoberrevolution gemacht. Und wenn Eure Arbeiter Kultur haben, wie Sie doch sagen, so machen sie unbedingt Revolution.“

Lady: „Aber jedenfalls wird es bei uns keine Bolschewisten geben.“

Maria: „Doch, die wird es auch geben. Das geht nicht anders.“

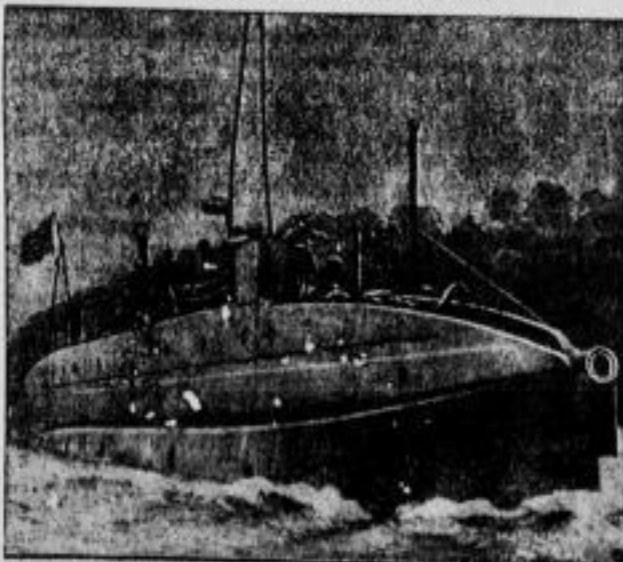
Lady: „Nein, nein, nein!“

### Ladys zweite Abfuhr war auch nicht schlecht

In der großen Höflichkeit der Kommune sprach die Lady mit der Arbeiterin Filippenko, die mehrere Jahre in Australien gelebt hat. Einige Fragen und schon ist die Lady bei dem sie interessierenden Thema.

Lady: „Kun, es geht Ihnen wohl schlecht hier, nach Australien?“

### Pol-Uboot „Nautilus“ Pechsträhne



Das Nordpol-Uboot „Nautilus“ hat entschieden Pech. Erst ist es doch kurz nach der Abfahrt, einige Meilen von Tromsø entfernt erneut Maschinenschaden. Da das Uboot keinen gewöhnlichen Anker an Bord hat, treibt es gegenwärtig steuerlos auf offener See.

Filippenko: „Wie geht es hier viel besser.“

Lady: „Aber warum?“

Filippenko: „Ich fühle mich hier viel freier. Ich habe immer Arbeit und meine Arbeit wird geschätzt. Ich habe drei Kinder, sie lernen alle, jedes in dem Fach, das sie am meisten interessiert. In Australien hätte ich nie die Mittel dazu gehabt.“

Lady: „Aber Ihre Lebensverhältnisse sind hier viel schlechter?“

Filippenko: „Nein, mir geht es hier besser.“

Lady: „Haben Sie in Australien ein eigenes Zimmer gehabt?“

Filippenko: „Ja.“

Lady: „Und hier?“

Filippenko: „Hier wohnen wir zu sechs.“

Lady: „O Gott! Und doch glauben Sie, daß es hier besser ist?“

Filippenko: „Zweifellos.“

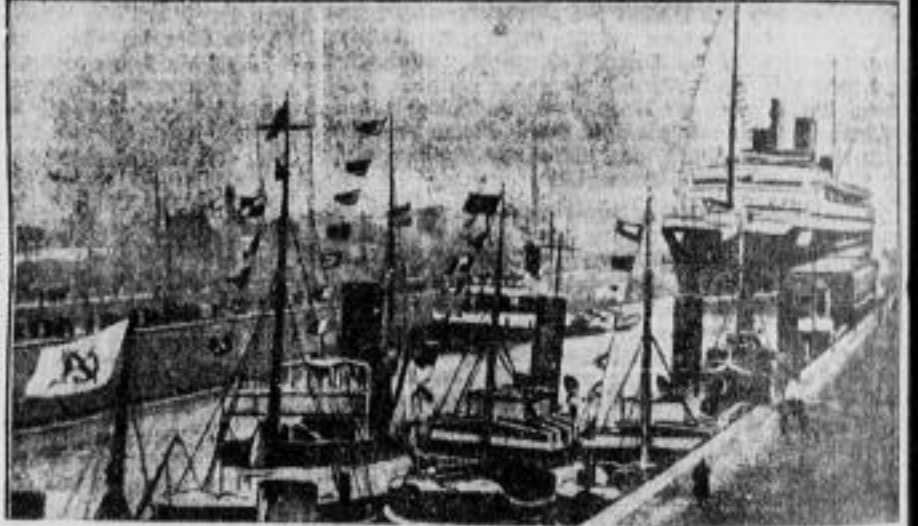
Doch die Lady konnte sich nicht beruhigen. Ganz aufgeregt wandte sie sich an Shaw und erzählte ihm über Filippenko, die mit weiteren fünf Personen in einem Zimmer haust. „Das kommt auf das Zimmer an“, sagte Shaw. Wir schauten uns das Zimmer an und als Shaw dieses große Zimmer mit seinen vielen Fenstern sah, meinte er zur Lady: „In England würden in einem solchen Zimmer 15 Arbeiter wohnen.“

In der Reparaturwerkstatt unterhielt sich die Lady mit einem amerikanischen Arbeiter, Genossen Bar. Die Lady fragte ihn über die Arbeitsverhältnisse in der Kommune aus und teilte ihm schließlich die Frage, ob er sich glücklich fühle. „Ja“, antwortete Bar, „ich bin glücklich.“ „Es ist nicht wahr“, rief die Lady. Bar sagte die Arbeit und lächelte: „Ich habe kein Interesse daran, zu lägen.“ Damit schloß die Unterhaltung.

„Er ist unglücklich, dieser Mann“, sprach die Lady beim Verlassen.

### Bremer Nordschleuse eröffnet

Als erstes Schiff passierte die „Bremer“ die neu eröffnete Nordschleuse in Bremerhaven. Zur Eröffnung hatten sich Tausende eingefunden, die dem imposanten Schauspiel beiwohnten. Die Schleuse ist die zweitgrößte Europas. Natürlich ging die Eröffnung nicht ohne großen nationalen Trara vonstatten.



### Die Sowjetflagge in der Arktis

## Sowjet-Eisbrecher „Malgin“ im Sturm

Flaschenpost aus dem Jahre 1902 aufgefunden

Moskau, 13. Aug. Der Sowjet-Eisbrecher „Malgin“ wurde auf der Fahrt nach der Insel Alger von einem schweren Sturm überfallen, der zeitweise eine Stärke von 30 Sekundenmeter erreichte. Der Eisbrecher wollte einen Zufluchtsort aufsuchen, aber die sich bildenden Wellen hinderten ihn daran, das Meer zu erreichen. Kurz entschlossen nahm der Kapitän wieder Kurs auf die Sturmbelegte See, umschiffte dann die nördliche Spitze der Insel Grise und lief die Küste der Insel Alger an.

Bei der näheren Untersuchung des Meeres entdeckte die Besatzung eine zerbrochene und in Verfall geratene Schale sowie ein vollkommen zerstücktes Notkästchen, das aus Kistenresten erbaut ist. Später fand man dann eine Flasche mit einem Brief des Nordpolfahrers Baldwin, datiert vom 2. 7. 1902, in dem verzeichnet steht, daß die Expedition Baldwin-Jegler auf dem Schiff „Amerika“ große Not leide und ohne Kohle sei. Zum Schluß wird darin das Lager Jeglers angegeben.

Zu dem sensationellen Fund der „Malgin“-Besatzung sei ergänzend daran erinnert, daß die Nordpol-Expedition von Baldwin-Jegler, die im Jahre 1901-1902 gescheitert ist, den ersten tollkühnen Versuch darstellte, auf einem schwimmenden Eisblock den Nordpol zu erreichen.

Zurzeit befindet sich „Malgin“ auf der Fahrt nach Nowaja Semlja.

### Europareise sowjetrußischer Stoßbrigadier

Sowjetdampfer „Ukraine“ mit 350 Arbeitern in England

London, 13. Aug. In England sind 350 sowjetrußische Arbeiter auf dem Dampfer „Ukraine“ angekommen. Viele Arbeiter sind sämtlich Stoßbrigadier, die sich besonders vorbildlich an der Front des sozialistischen Aufbaues ausgezeichnet haben. In Anerkennung ihrer Verdienste bewilligten ihnen die Sowjets eine teilsentgeltliche Reise in das kapitalistische Europa.

### Statt sauer verdienten Lohnes - blaue Bohnen

So ungefähr wirds im „Dritten Reich“ ausleben: Als in Jodelow, im finsternen Mittelpolmorn, der Knecht Wal-

der Werkstatt, „ich habe es in seiner Seele gefühlt.“ Sie lagte mit vollem Ernst — offenbar ist es „Spirituismus in der Werkstatt“

### Unbelehrbar zurück ins Land der „Ladys und Gentlemen?“

Im benachbarten Dorf besuchte Shaw mit seinen Begleitern eine Reihe von Bauernhöfen, unterhielt sich mit Kollektivbauern und mit solchen Bauern, die der Kollektivwirtschaft noch nicht beigetreten waren. Die Lady hatte auch dort eine Unterhaltung, die wahrscheinlich nicht so bald vergessen wird. Vor einem Haus sah sie auf einen alten Bauern, einen begeisterten Anhänger der Kollektivierung, einen parteilosen Kritiker des Dorfes, wie sie so so zahlreich sind.

„Kun, wie lebt Ihr“, fragte die Lady.

„Ausgezeichnet leben wir, da meine Viehe“, antwortete der Bauer, „ausgezeichnet, und in noch ein paar Jahren wird es gar nicht auszubedenken sein, wie schön es uns gehen wird. Und wenn einmal Schwermut kommen, so werden wir allein mit ihnen fertig. Wir bauen unter Leben.“

Lady: „Es freut mich sehr, einen fröhlichen, zufriedenen Bauern zu sehen.“

Der Alte: „Ja, wir arbeiten, du Liebe, wir arbeiten, Schau, wie uns das Herz Hopft!“ — und dabei zeigte er die Hand an den Händen und drückte sie an sein Herz.

Wir wissen nicht, was die Lady Astor über die Sowjetunion sagen und schreiben wird. Eines steht jedenfalls fest: Sie hat die Preis nachgeprüft, wie verlogen die Behauptungen der Parteileute sind, die sie über Zwangsarbeit in der Sowjetunion aufstellten. Die Lady sah, wie die Arbeiter und Bauern zum Wohlstand aktiv und mit vollem Bewußtsein ihre Wirtschaft aufbauen.

Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

So schloß die Unterhaltung. Die Lady Astor hat es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeiter, Kollektivbauern und Bauern zur „offenen Aussprache“ zu bewegen. Sie wollte sie von den Vorzügen des Kapitalismus überzeugen. Die Lady ist aber dabei eine gehörige Abfuhr ausgesetzt worden, die sie gezeigt hat, wie hart der Glaube der Werkstätten der Sowjetunion an die Richtigkeit der Linie der bolschewistischen Partei ist. Der enttäuschten Lady blieb nichts anderes übrig, als zu gehen: holen: „Ach, der Bolschewismus ist nur Religion.“

Gegen

Sunde

Mir der

Wieder

Aber

Über

So

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die

Die





